

Jürgen Hoffmann

Gegenrede

Thesen zu den ökonomischen Hintergründen der „Reform“-Diskussion



Prof. Dr. Jürgen Hoffmann, geb. 1944 in Jerxheim, Studium der Politischen Wissenschaft in Berlin, lehrt Politische Soziologie an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik (HWP). Er ist wissenschaftlicher Berater und Projekt-Mitarbeiter im European Trade Union Institute (ETUI) Brüssel und Vertrauensdozent der Hans-Böckler-Stiftung. Zahlreiche neuere Veröffentlichungen zu den Kapitalismusmodellen und industriellen Beziehungen unter Globalisierungs- und Modernisierungsdruck, Europäisierung der Tarifverhandlungen und zu Gewerkschaftsfusionen im internationalen Vergleich.

Das Wort *Reform* hat im heutigen Deutschland einen paradoxen Bedeutungswandel erfahren. Stand es früher für die Modernisierung ökonomischer Steuerungsinstrumente, für die Verbesserung der sozialen Einbettungen der kapitalistischen Ökonomie, die Ausweitung der Mitbestimmung in einer fremdbestimmten Arbeitswelt, für mehr soziale Gerechtigkeit gegen die Imperative der Marktökonomie und für das Abschneiden „alter Zöpfe“ im Zivil- und Strafrecht, so werden im aktuellen Diskurs von Rot-Grün bis Schwarz-Gelb diese Deutungen geradewegs umgedreht, auch wenn dieselben Überschriften oft genug dafür herhalten müssen: Es geht um den Abbau von Steuerungsinstrumenten und sozialen Einbettungen der Marktökonomie zwecks Freisetzung jener vorgeblich dynamischen Marktkräfte, die soziale Ungleichheit erforderten, um mehr Wachstum und damit wiederum verbesserte Finanzierungsbedingungen für einen abgespeckten Sozialstaat zu ermöglichen. Vorausgesetzt werden zwei Deutungen der gegenwärtigen Situation, die einmal extern die „Verwerfungen der Weltwirtschaft“ - gemeint ist die so genannte Globalisierung - und intern die sklerotischen Arbeitsmärkte für die aktuelle ökonomische Krise und vermeintliche Stagnation verantwortlich machen. Diese Deutungen werden durch die seit mehr als zwanzig Jahren uneingeschränkte Vorherrschaft der Marktmodelle auf den ökonomischen Lehrstühlen und dementsprechend durch die dort ausgebildeten Wirtschaftsjournalisten gestützt, deren Modellplattitüden durch mathematisch komplexe Konstruktionen einerseits und durch das Verweisen auf die angeblich so viel besser funktionierenden Marktökonomien im angelsächsischen Raum andererseits Legitimation erfahren. Dass Marktökonomien institutionell eingebettet sind, dass Kapitalismen in den einzelnen Ländern höchst unterschiedliche soziale Voraussetzungen haben, dass die Vergleiche diese institutionellen Differenzen und die im Übrigen höchst problematischen statistischen Voraussetzungen nicht reflektieren (kriti-

sche Ökonomen stellen für die 1990er-Jahre in den USA ein sehr viel niedrigeres Wachstum - gegen Null! - fest als dies in der geschönten amtlichen Statistik der Fall ist), dies wird in diesen Ansätzen gar nicht mehr gesehen, besser: *kann* gar nicht gesehen werden, weil nicht Teil der Modellvoraussetzungen - von einem Vergleich der Armutsquoten zwischen den unterschiedlichen Kapitalismen einmal ganz abgesehen. Auf dieser Basis wird auch die Entwicklung in Deutschland in das Prokrustesbett der Marktmodelle gezwängt und man kommt dann prompt zu dem Ergebnis, dass die Märkte in Deutschland nicht dem Modell gemäß funktionieren können. Dazu einige Gegenthesen zur gegenwärtig vorherrschenden Interpretation der deutschen „Misere“.

1. Das deutsche Produktionsmodell steckt trotz Europäisierung und „Globalisierung“ nicht in einer dramatischen „Kostenkrise“ und einer sich daraus ableitenden „Wettbewerbsschwäche“; eher könnte man davon reden, dass die hohe Produktivität im industriellen Bereich aufgrund der Veränderungen im System der „corporate governance“ der Unternehmen heute nicht mehr die Lösung des Problems - der Massenarbeitslosigkeit - ist, sondern Teil des Problems ist, wenn der Dienstleistungssektor sich zugleich als unfähig erweist, die freigesetzte Arbeit des Industriesektors und das erhöhte Arbeitskräfteangebot auf den Arbeitsmärkten durch Ausweitung zu absorbieren. Das „wettbewerbsschwache“ Deutschland ist immer noch die exportstärkste Nation auf dem Weltmarkt (auf die Zahl der Bevölkerung umgerechnet), die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer in Westdeutschland ist heute immer noch um etwa zwei Mio. Personen höher als in den Zeiten der Vollbeschäftigung Anfang der 1970er-Jahre. *Die gegenwärtigen gravierenden Arbeitsmarktprobleme resultieren aus einer - für zyklische Krisen typischen - Überlagerung von zyklischer Krise (alle 9-11 Jahre können wir in der Bundesrepublik die typische zyklische Krise beobachten: 1958; 1966; 1975; 1982; 1993 und jetzt), einer veränderten Rolle des Finanzkapitals, der immer noch und weiterhin unbewältigten ökonomischen Strukturkrise im Osten und dem Problem der mangelnden Freisetzung der Dienstleistungsdynamik aufgrund der Einbindung des Regulierungssystems in den „Industrialismus“.* Es kommt allerdings aufgrund der Osterweiterung - die längst im Gang ist - für den arbeitsintensiven, niedrig qualifizierten Teilarbeitsmarkt der zunehmende Druck von Billigarbeitskräften im Osten (bei gleichzeitig vorhandener Qualifikation) hinzu (Bauindustrie, Haushaltsdienstleistungen, standardisierte Massenproduktion - „screwdriver manufacturing“). Eine anhaltende „Stagnationsphase“ ist zurzeit trotz einiger darauf hinweisender Tendenzen nicht das zentrale Problem der (west-)deutschen Wirtschaft, wohl aber die Überlagerung der zyklischen Entwicklung (Überakkumulation) mit einer veränderten Rolle des Finanzkapitals und den Strukturproblemen des Ostens, die zu allgemein niedrigeren Wachstumsraten seit der Vereinigung geführt haben.

2. Die Wirkungen der „Globalisierung“ - der „weltwirtschaftlichen Verwerfungen“ - sind gegenüber ihrer dramatisierenden Betonung in der öffentlichen Diskussion zu relativieren: *Erstens* verdeckt die Prominenz dieses Diskurses die wirklich gravierenden Veränderungen, die durch die Existenz des *europäischen Binnenmarkts und der Euro-Zone* eingetreten sind, dabei werden zugleich oft genug die Chancen, die sich aus einer europäischen Reregulierung der Märkte ergeben könnten, wenig diskutiert. Sowohl die dynamisierten internationalen Handels- als auch die Direktinvestitionen konzentrieren sich auf den Euro-Raum. Hier wäre es wichtig, dass die Länder des „koordinierten Kapitalismustyps“ - und das sind fast alle kontinental-westeuropäischen Länder - sich stärker gegen das System der EU-Politik, in der Herstellung des Marktes „sans phrase“ als kleinsten gemeinsamen Nenner („negative Integration“) wehren. Für die kontinentaleuropäischen Wirtschafts- und Sozialsysteme wird sich allerdings der Druck dieses Politiktyps, der systematisch den liberalen Marktzuschnitt angel-

sächsischer Provenienz („liberal market economy“) fördert, durch die Osterweiterung weiter erhöhen, da die gegenwärtige Einführung von Marktsystemen in den Ländern Osteuropas nach dem Staatssozialismus auf keine institutionellen Formen der sozialen oder ökologischen Einbettung zurück greifen kann und deshalb hier eher der angelsächsische Typ entwickelt werden wird. *Zweitens* ist die (west-)deutsche Wirtschaft als Lieferant von Hochqualitätsprodukten im Investitionsgüterbereich bislang eher *Nutznieser der Globalisierung* im Sinne der erfolgreichen Teilhabe an der Intensivierung der Handels- und Investitionsbeziehungen gewesen. *Drittens* sind auch die dramatischen Änderungen in der internationalen Finanzarchitektur durch die *Existenz der Euro-Zone* in ihren Wirkungen auf die Europäische Union begrenzt; sie sind vor allem ein gar nicht zu überschätzendes Problem für viele Entwicklungs- und Schwellenländer - woraus natürlich auch Rückwirkungen auf die EU resultieren können. Allerdings verändern sich *viertens* durch die Europäisierungs- und Internationalisierungsprozesse wichtige Rahmenbedingungen: die Konkurrenzbeziehungen werden intensiviert und gehen immer mehr *von einer komplementären zu einer substitutiven Konkurrenz* über, die Formen der „corporate governance“ werden stärker unter betriebswirtschaftlichen Druck gesetzt („shareholder value capitalism“), und die Finanzierungsbedingungen gerade für mittlere und kleine Kapitale, die 80 Prozent der Arbeitsplätze bereit stellen, verengen sich aufgrund des Strukturwandels im Bankensektor und den restriktiveren Kreditvergabe-Bedingungen nach dem „Basel II-Abkommen“. *Allgemein - und dies ist mit der veränderten Rolle des Finanzkapitals gemeint - wird die kurzfristig spekulative Anlage in Finanzprodukten im Vergleich mit der produktiven Anlage attraktiver aufgrund der flexibilisierten und enorm aufgeblähten Weltfinanzmärkte; dem produktiven Sektor wird so Anlagekapital entzogen bzw. er wird selbst zu einer kurzfristigen Kalkulation der Investitionen gezwungen, was wiederum die Kapitalakkumulation schwächt und zu stagnativen Tendenzen in Zeiten zyklischer Krisen führt* - ein krisenhafter Zusammenhang, der im Zentrum der Krisenanalysen von John M. Keynes stand („Hierarchie der Märkte“) und der heute wieder aktuell geworden ist.

3. Untersuchungen zu den Wirkungen der internationalisierten Produktion auf dem Hintergrund des „Varieties of Capitalism“-Ansatzes (Hall/Soskice; Katz/Darbyshire) haben ergeben, dass der Globalisierungsprozess dazu führt, dass die einzelnen Kapitalismustypen gezwungen sind, ihre jeweiligen Stärken herauszuarbeiten - für das deutsche Modell hieße dies: Stärkung des Faktors Facharbeit durch eine intensivierte Bildungs- und Qualifizierungspolitik, Weiterentwicklung von Schlüsselqualifikationen, Konzentration der industriellen Innovation auf die inkrementalistische Weiterentwicklung komplexer Industriesysteme und deren Verbindung mit Dienstleistungsangeboten; Verhinderung der Vorherrschaft des Betriebswirts(denkens) und seiner Shareholder-Value-Mentalität gegenüber dem Ingenieur und der Facharbeit und einer betriebswirtschaftlichen Kurzfristperspektive vor einer langfristig konzipierten innovativen Unternehmens- und Industriepolitik. Zu diesem Zweck müsste die Politik die Finanzierungsbedingungen kleiner und mittlerer Unternehmen gegenüber dem aktuellen Kurswechsel bei den Banken (Basel II-Abkommen) nachhaltig stärken und zugleich die regionale Vernetzung und damit die „Lokalisierungsfaktoren“ der Unternehmen - die sie an die Region binden - durch eine Infrastrukturpolitik fördern, die nicht mehr von Großprojekten und deren vermeintliche Diffusionswirkungen ausgeht („Kathedralen in der Wüste“!), sondern das produktive Vernetzungspotential im Auge hat. Dies setzt die finanzielle Stärkung der Kommunen als Orte der Produktions- und Dienstleistungsvernetzung und die Schwergewichtsverlagerung der Länderpolitik auf Wissenschafts- und Bildungspolitik und verstärkte Anstrengungen in der betrieblichen und außer-

betrieblichen Weiterbildung voraus. Allerdings führt der Druck internationalisierter Finanzmärkte und intensiver Konkurrenz auf den internationalen Warenmärkten auch dazu, dass sich die institutionellen Bedingungen des deutschen Kapitalismusmodells ändern: In den Kapitalgesellschaften wird unter diesem Druck die kurzfristige Profitorientierung wichtiger, der Betriebswirt im Management wird neben oder über den Ingenieur gestellt, Quersubventionierungen werden zugunsten einer Konzentration auf das Kerngeschäft aufgegeben, die Unternehmen werden „verschlankt“ und in internationalen Zuliefernetzwerken verankert. *Es entstehen so Mischformen zwischen angelsächsischen und deutschen „corporate governance“-Systemen, wobei das Unternehmensziel jenseits des Wachstums- und Beschäftigungsziels auf kurzfristige Profitorientierung eingeengt wird: Die Produktivitätseffekte führen daher direkt zu einer Absenkung der Beschäftigung.*

4. Die gegenwärtigen Reformen des Arbeitsmarktes gehen von einer Lageanalyse aus, die sich an den angelsächsischen Arbeitsmärkten ausrichtet (die angeblich hoch innovativ sind, was aber nur für bestimmte Segmente der Hightech-Industrie, der Pharmazie und des Dienstleistungssektors stimmt). Das angelsächsische Modell ist ein industrielles Produktionssystem, das - als eine low skill - low wage-Produktion in standardisierten Montagesegmenten (screwdriver manufacturing) - die niedrig qualifizierte Arbeitskraft nach dem Prinzip des hire and fire beschäftigt und zugleich höher qualifizierte Arbeitsplätze gleich mit hoch bezahlten Akademikern besetzen muss - dies alles auf Basis hochgradig flexibler externer Arbeitsmärkte. *Die Stärken des deutschen Modells bestehen hingegen in hochgradig flexiblen internen Arbeitsmärkten auf Basis der Facharbeit, die den Unternehmen einen erfolgreichen Anpassungsprozess an postfordistische Produktionsstrukturen in den 1960er- und 1990er-Jahren erlaubt haben.* Die einseitige Sicht des Arbeitsmarktes als externer Arbeitsmarkt gefährdet nun diesen Produktivitätsvorteil (Stichwort: Diskussion um den Kündigungsschutz), denn die sozialen Institutionen, in die das Hochproduktivitätsmodell in Deutschland eingebettet ist, werden durch diesen Unterschied zu den angelsächsischen Arbeitsmärkten charakterisiert: Das duale Ausbildungssystem, der Kündigungsschutz, die hohen Schutzbarrieren in der Beschäftigung generell ermöglichen eine hohe Qualifikation des Facharbeiters, in den auch betriebliches Qualifikationskapital gesteckt wird, weil ein Verbleiben im Betrieb aufgrund dieser Barrieren relativ sicher ist. Das langfristig ausgelegte, inkrementalistisch innovative deutsche Produktionsmodell ist so an das Regulierungssystem gebunden, das jetzt aus neoklassischer Modellperspektive in Frage gestellt wird: Intern flexible Arbeitsmärkte lassen sich in diesen Modellen nicht abbilden. *Allerdings gilt dieser o.a. Zusammenhang in wichtigen Bereichen des modernen Dienstleistungssektors nicht oder nicht mehr und auch im industriellen Kernbereich wird der Kündigungsschutz immer mehr eher zu Abfindungsverträgen benutzt, während gleichzeitig immer mehr Unternehmen innerbetrieblich auf Formen der Requalifizierung verzichten und die Qualifikationsprobleme durch die Einstellung jüngerer Facharbeiter/innen, die Auslagerung von Produktionsteilen und flexible Beschäftigungsformen bei gleichzeitigem Übergang der älteren Beschäftigten in die Frühverrentung lösen - mit Folgen für das Rentensystem.* Hier stellt sich daher schon die Frage, wie die zunehmende Flexibilität in der Industrie durch andere Formen der sozialen Sicherung jenseits des Kündigungsschutzes abgesichert werden kann. Dies wird noch deutlicher im Dienstleistungssektor.

5. Wie besonders die Untersuchungen des SOFI Göttingen und dort jene von Martin Baethge ergeben haben, *krankt die Entwicklung des Dienstleistungssektors in Deutschland daran, dass das vorherrschende, für die Industrie erfolgreich wirkende Regulierungssystem und das System der sozialen Sicherung tief im „Industrialismus“ und in der patriarchalischen*

Gesellschaft verankert sind. Gefordert ist hier - für den Dienstleistungsbereich - eine Abkehr von den industrialistischen und patriarchalischen Normen in der Regulierung der Arbeit. Dabei wird es darauf ankommen, den „low road“ in der Dienstleistungsbeschäftigung zu mobilisieren und gegen Diskriminierung abzusichern, zugleich aber auch den „high road“ der Dienstleistungsgesellschaft - besser: die hoch qualifizierte Arbeit in der „knowledge-society“ - zu fördern. Dies wird einerseits schwerlich mit den gegenwärtigen „Pisa“-Ergebnissen möglich sein: Eine erneute Diskussion um die Gesamtschule wird unumgänglich sein, will man nicht auf Dauer auf das Wissenspotential der unterprivilegierten Bevölkerungsschichten verzichten (Deutschland steht an letzter Stelle in Hinsicht Chancengleichheit!). Zum anderen werden Arbeitsmarktregulierungen notwendig werden, die Flexibilität mit sozialer Sicherheit verbinden, um so die hohe Mobilität und die „Entgrenzung der Arbeit“ in diesen Sektoren produktiv einsetzen und zugleich sozial mit einer gewissen Sicherheit versorgen zu können. Diese Regulierungsreformen müssten dabei mit dem industriellen Modell kompatibel gemacht werden - was staatlicherseits der Lösung der Quadratur des Kreises gleichkommt, aber durchaus in Tarifverträgen geregelt werden kann. Und: Die gesellschaftlichen und politischen Bastionen des Patriarchats müssen aufgebrochen werden - der Weg in die Dienstleistungsgesellschaft ist nicht nur der Weg der Frauen in die Erwerbsarbeit, sondern auch der Prozess der Feminisierung der Arbeit. Dabei gilt weiterhin: „A working woman needs a wife“ - die Erwerbsarbeit der Frau schafft neue Arbeitsplätze, und es käme hier gesellschaftspolitisch darauf an, dies nicht in eine neue Diskriminierung der Frauen münden zu lassen. Vergleichende Untersuchungen zur so genannten „knowledge-society“ zeigen, dass nachhaltige Innovation und Kreativität auch hier nur dann zu erreichen sind, wenn sie mit sozialen Absicherungen und der verlässlichen Versorgung mit öffentlichen Gütern flankiert werden. Gerade eine innovative Reform der Regulierungssysteme muss daher nicht einfach in der Übernahme der angelsächsischen Deregulierung externer Arbeitsmärkte im Dienstleistungssektor bestehen, sondern kann auch mit Sicherungsgarantien, wie sie im industriellen Sektor von „koordinierten Kapitalismustypen“ existieren, verknüpft werden.

6. Mehr als die oft und falsch beschworenen „weltwirtschaftlichen Verwerfungen“ und (vorerst) mehr als die demographische Entwicklung *ist das Strukturproblem des Ostens und die Art und Weise der Finanzierung der deutschen Einheit durch die Sozialversicherung seitens der Regierung Kohl ein zentrales „Kostenproblem“ der Bundesrepublik* - und es ist völlig unverständlich, warum dies nicht deutlich politisch artikuliert wird. Kein Land in Europa überweist jährlich 80 bis 90 Mrd. Euro in eine strukturschwache Region des eigenen Landes. Das Problem ist hier: Der Aufbau Ost hat zu lange auf die Wirkungen der Marktwirtschaft vertraut und dies in fälschlicher Analogie zu den vollkommen anderen Umständen der frühen Jahre der alten Bundesrepublik. Die massive Förderung regionaler Vernetzung im Sinne einer intelligenten Angebotspolitik hätte viel eher stattfinden müssen, um moderne Unternehmensstrukturen dort zu ermöglichen; stattdessen wird zu häufig noch auf die Effekte von - nicht zuletzt auch von den Gewerkschaften unterstützten - Großprojekten gesetzt, die oft genug dann auch prompt in den (reichlich vorhandenen) Sand gesetzt werden (die Chip-Fabrik in Frankfurt/O. ist da nur die Spitze des Eisbergs).

7. Das *Sozialversicherungssystem (Umlageverfahren)* wird auf der Basis dieser Veränderungen zu einem zentralen Problem der Finanzierung. *Es müsste schon aufgrund seiner Anbindung an die Arbeitskosten und den männlichen „Normalverdiener“ (Normalarbeitsverhältnis) und der dadurch dem System immanenten Diskriminierungspotenziale finanziell umgestellt, also einer wirklichen Reform* statt einer bloßen Sparpolitik unterzogen zu werden. Dazu gehört der schrittweise Übergang zu einer steuerfinanzierten Basis, wodurch der

Faktor Arbeit kostenmäßig entlastet werden kann und zugleich bei einer entsprechend progressiven Steuerbelastung Umverteilungs- und Solidaritätseffekte erzielt werden könnten; zugleich kann so bei einer universelleren Verteilung der Leistungen die gegenwärtige Diskriminierung von unfreiwillig Nicht- oder unregelmäßig Erwerbstätigen - besonders von Frauen - vermieden werden. Die Bundesrepublik hat zurzeit die niedrigste Steuerlastquote in ihrer Geschichte und steht europaweit an zweitletzter Stelle in der Steuerbelastung (nicht in der Gesamtbelastung von Steuern plus Abgaben, da steht sie im oberen Drittel). Die gegenwärtige Steuersenkungspolitik ist insofern zweifach zu kritisieren: Einmal wird der konjunkturelle Effekt gleich Null sein, denn der 9- bis 11-jährige konjunkturelle Zyklus - und um den handelt es sich, auch wenn niemand ihn erwähnt oder aber aufgrund der eigenen neoklassischen Scheuklappen nicht sehen kann - bleibt nach aller Erfahrung seit der Krise 1966 von solchen Steuerschwankungen relativ unbeeindruckt, zumal den einen (die den Steuergewinn nicht nachfragewirksam ausgeben müssen!) gegeben wird und den anderen genommen wird; zum anderen steuert die Politik hier in eine typische Falle: Steuersenkungen sind leicht durchzusetzen, spätere Steuererhöhungen, die z.B. für die Verbesserung öffentlicher Güter oder für eine Umstellung der Sozialversicherungssysteme notwendig wären, sind dagegen in der Öffentlichkeit sehr viel schwerer zu legitimieren (die Erfahrung, dass das deutsche Volk sich bei den letzten Steuerreformvorschlägen plötzlich als Volk von Dienstwagenfahrern definierte, war dafür typisch!). Insofern läuft die Regierung aktuell in eine politische Legitimationsfalle, die ihr noch einige Zeit zu schaffen machen wird (so sie denn noch lange an der Regierung bleibt).

8. *Es wäre nach alldem fatal, wenn man die gegenwärtige Krise allein (!) auf eine binnenmarkt- und konsumorientierte Nachfrage-Krise zurück führen würde, die dann auch nur als Binnenmarkt-Nachfragemangel definiert wird, ein Mangel, der mit Hilfe der Lohnpolitik (Kaufkraft- bzw. „Endnachfrage“-These) behoben werden könne.* Diese bequeme Position, z.T. vom DGB, aber auch in ver.di vertreten („Autos kaufen keine Autos!“), wird der gegenwärtigen Komplexität des „real existierenden Kapitalismus“ keineswegs gerecht und hat sich in den vergangenen Jahren eigentlich schon oft genug blamiert. Das spricht nicht gegen Lohnerhöhungen oder gezielte staatliche Investitionsförderungsprogramme, z.B. im kommunalen Bereich, die neben dem Effekt einer öffentlichen Grundversorgung auch Kapital, das sonst in den Finanzmärkten stillgelegt ist, mobilisieren könnten, wohl aber gegen naive Begründungen der Lohnpolitik. Gewerkschaften werden, wenn sie wieder hegemonial wirken wollen, um die Behandlung der komplexen gesellschaftlichen Zusammenhänge und um eigene Reformvorschläge, die nicht nur den „Status quo“ verteidigen, nicht herum kommen. Ökonomische Krisen sind immer als Zusammenhang von Profitabilitäts- und Nachfragekrise zu interpretieren; dabei sind die Unterkonsumtionselemente eher ein nachrangiger Aspekt gegenüber den Elementen der Überproduktion - Überakkumulation, die die Nachfrage der Unternehmen untereinander gleichermaßen enthalten und diese sind wiederum vom Zusammenhang von Rentabilität, Alternativen der Kapitalanlage und Liquiditätspräferenzen der Unternehmen abhängig. Dies alles ist eigentlich seit langem ausdiskutiert - man vergleiche die Diskussionen zur Krisentheorie in den 1970er- und 1980er-Jahren -, aber unter der Hegemonie des Neoliberalismus, der eine endogene Zyklustheorie nicht kennt, haben es eben auch die „Ritter des gesunden Menschenverstandes“ (Marx), die Unterkonsumtionstheoretiker, leicht, ihre für die Lohnpolitik so bequeme Ideologie unter den Gewerkschaften zu verkaufen.

9. Die staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik und die Geldpolitik kann die hier skizzierten Krisentendenzen nicht verhindern - dies sollte schon nicht zuletzt auf Basis einer seit gut dreißig Jahren geführten Krisenanalyse und -diskussion heraus gestellt werden -, wohl aber

abschwächen und moderieren und vor allem vermeiden, sich in eine Spirale vermeintlicher Sachzwänge zu begeben, in der die Sparpolitik die produktiven Ressourcen einer prosperierenden Wirtschaft - zu denen auch der soziale Ausgleich und die soziale Sicherheit zählen - zerstört, statt sie zu erweitern und auf eine neue Basis zu stellen. *Die gegenwärtige Politik - noch mehr gilt dies allerdings für die „Reform“-Vorschläge der Opposition! - ist auf dem besten Wege, das hochproduktive, sozial abgefederte und mitbestimmte System des deutschen Kapitalismus abzuwickeln, ohne eine wirkliche ökonomische und soziale Alternative bieten zu können. Und: Als Niedriglohnökonomie (low skill-low wage) - diesen Allgemeinplatz zum Schluss - hat die deutsche Gesellschaft international allerdings keine Chance!*

Diese Perspektive muss die eingangs genannten Marktapologeten, also die herrschende Lehre, nicht erschüttern: für sie ist sowieso klar, dass ein Misserfolg der durch die Politik eingeleiteten Maßnahmen seinen Grund nur darin haben kann, dass eben die Märkte noch nicht genug liberalisiert worden sind und deshalb noch mehr „Reform“ notwendig ist: eine Spirale nach unten, die der bundesdeutschen Ökonomie jedoch keineswegs jene Wachstumsrate bescheren wird, die Irland zurzeit aufweist, wohl aber irische Verhältnisse in der Bundesrepublik herstellen würde.